

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit,  
Wirtschaft und Gleichstellung  
am Mittwoch, dem 23.11.2022, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 10:24 Uhr**

		Seite
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Bericht der Verwaltung	6
3.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	<b>190/2022</b> 7
4.	Sachstand Bürgergeld	<b>191/2022</b> 8
5.	Vorstellung des Sozialleistungsberichtes 2022	<b>189/2022</b> 9
6.	Vorbereitungen und Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung der Budgets des Jobcenters und der Gleichstellungsbeauftragten für das Jahr 2023	<b>192/2022</b> 10
7.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen "Aufstockung des Einkommens bei geringem Verdienst"	<b>224/2022</b> 13

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Bas, Ali
Budde, Heinrich
Fiedlers, Nils
Freiwald, Klaudius
Hollenhorst, Elisabeth K.
Kirchhoff, Norbert
Kocker, Dennis
Lehnert, Susanne, Dr.
Meyer, Ludger
Mindermann, Ursula
Schmedding, Josef
Schubert, David
Schulze Westhoff, Stephan
Starke, Dennis
Strübbe, Robert
Wamba, Gilbert
Zimmermeyer-Schürmann, Heike
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>
Kleibolde, Bernhard
<b>von der Verwaltung</b>
Beier, Susanne
Böttger, Pascal
Diekhoff, Katrin
Klausmeier, Brigitte
Kleier, Ulrike
Klöpper, Harald
Seidel, Ansgar, Dr.

**Es fehlten entschuldigt:**

**Ausschussmitglieder**

Geiger, Andrea

Schulte, Stephan

Frau Hollenhorst (B90/Die Grünen) eröffnet die Sitzung um 09:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt den form- und fristgerechten Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie verweist auf die Anträge der CDU-Kreistagsfraktion und die Anfrage der Kreistagsfraktion B90/Die Grünen sämtlich vom 15.11.2022, die mit Schreiben vom 17.11.2022 nachgesendet worden sind. Die Anträge der CDU werden unter TOP 6 beraten. Die Anfrage von B90/Die Grünen erweitert die Tagesordnung um den neuen TOP 7. Einwände gegen diese Erweiterung gibt es nicht.

Herr Kocker (SPD) beantragt die Streichung des TOP 4 „Sachstand Bürgergeld“, da der gefundene Kompromiss noch nicht verabschiedet sei. Herr Schulze Westhoff (CDU) spricht sich gegen die Streichung aus. Es wird über den Vorschlag abgestimmt.

**Beschlussvorschlag:**

Der TOP 4 „Sachstand Bürgergeld“ (Vorlage 191/2022) soll in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Gleichstellung am 23.11.2022 nicht behandelt werden.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

Ja 6 (4 SPD, 1 AfD, 1 FWG)  
Nein 9 (8 CDU, 1 FDP)  
Enthaltung 1 (B90/Die Grünen)

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>	
--	--

Es wurden keine Fragen gestellt.

<b>2. Bericht der Verwaltung</b>
----------------------------------

Der Leiter des Jobcenters, Dr. Ansgar Seidel, berichtet zu den Themenbereichen Energie, Chancen-Aufenthaltsrecht und Wohngeld+.

Im Zusammenhang mit der Energiekrise erläutert er u.a., dass mit der Verbraucherzentrale abgestimmte Energiespartipps an Leistungsberechtigte versendet worden seien und ebenfalls an Maßnahmeträger, damit letztere auch beraten und sensibilisieren können.

Herr Dr. Seidel führt in das geplante Chancen-Aufenthaltsrecht ein, nach dem geduldeten Menschen ein dauerhaftes Bleiberecht gewährt werden kann. Prämisse dafür seien nach derzeitigem Stand wohl neben der Zeit der Duldung vor allem der Nachweis der Identität, ausreichende Sprachkenntnisse und die Fähigkeit, den Lebensunterhalt selbst sicherstellen zu können. Im Kreis Warendorf könnten 400 bis 500 Personen von dieser Neuregelung profitieren.

Zum Wohngeld+ erläutert Herr Dr. Seidel, dass eine Heizkostenkomponente eingeführt werde, welche die Zahl der Anspruchsberechtigten ca. verdreifachen solle. Auf die Wohngeldstellen der Kommunen kämen daher große Herausforderungen zu. Ferner erläutert er die Wechselwirkungen mit dem SGB II und skizziert dann mögliche Auswirkungen für das Jobcenter. Das Jobcenter befinde sich daher in Abstimmung mit den Kommunen im Kreisgebiet.

Es werden keine Fragen gestellt.

<b>3.</b>	<b>Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf</b>	<b>190/2022</b>
-----------	---	-----------------

Der Leiter des Jobcenters, Dr. Ansgar Seidel, berichtet anhand der als **Anlage 1** beigefügten PowerPoint-Präsentation über den Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf aus Sicht des Jobcenters. Hierbei macht er besonders auf den deutlichen Rückgang der offenen Stellen von September zu Oktober 2022 aufmerksam. Auf die Nachfrage von Herrn Schulze Westhoff (CDU) hin erläutert er, dass dies durchaus ein Indikator der Krise sein könne. Es zeichne sich ab, dass die Arbeitgeber größere Vorsicht bei der Einstellung von Personal walten lassen würden.

Die Leiterin des Sachgebiets Aktivierende Leistungen, Frau Susanne Beier, schildert daraufhin die aktuelle Lage bei den Vermittlungen an die Firma Amazon und beschreibt die Bemühungen, die zur Integration von ukrainischen Flüchtlingen ergriffen werden. Hier macht sie vor allem auf den sogenannten „Markt der Möglichkeiten“ aufmerksam, wo eine niedrighschwellige Kontaktaufnahme mit Maßnahmeträgern forciert wurde.

Es werden keine Fragen gestellt.

<b>4. Sachstand Bürgergeld</b>
--------------------------------

<b>191/2022</b>
-----------------

Die Sozialdezernentin, Frau Brigitte Klausmeier, erläutert, dass seitens der Verwaltung der Fokus auf der Vorbereitung des Jobcenters in Bezug auf die Umstellung liege. Sie befürworte, dass sich ein Kompromiss auf Bundesebene abzeichne, der eine baldige Verabschiedung möglich mache.

Herr Dr. Ansgar Seidel, Leiter des Jobcenters, betont, dass besonders die Regelsatzerhöhung zum 01.01.2023 sehr wichtig für die Menschen sei, um sie in der aktuell schwierigen Wirtschaftslage zu unterstützen. Das Jobcenter könne im Bereich der Leistungserbringung nach Gesetzesbeschluss innerhalb von 14 Tagen final umstellen. Man könne zwar nicht garantieren, dass zum 01.01.2023 auf jedem Jobcenter-Schreiben „Bürgergeld“ stehe, aber es sei sichergestellt, dass alle Leistungsberechtigten pünktlich den neuen Regelsatz erhalten würden.

Herr Schulze Westhoff (CDU) dankt für die Erläuterungen und zeigt sich zufrieden, dass das Thema angesprochen worden ist. Er halte den Grundsatz des Forderns und Förderns zwar für wichtig, sei mit dem Kompromiss aber nicht völlig zufrieden.

Auch Herr Bas (B90/Die Grünen) führt aus, dass der Kompromiss ihn nicht gänzlich zufriedenstelle, betont aber die Bedeutung der Regelsatzerhöhung zum 01.01.2023.

Herr Kocker (SPD) schließt sich seinen Vorrednern in der Tendenz an, möchte aber keine Grundsatzdiskussion führen. Hier stehe die richtige und schnellstmögliche Umsetzung im Fokus. Fraktionsübergreifend könne man sich darauf einigen, dass das Jobcenter hier sehr gute Arbeit leiste.



<b>5. Vorstellung des Sozialleistungsberichtes 2022</b>	<b>189/2022</b>
---	-----------------

Der Leiter des Sachgebiets Verwaltung, Herr Harald Klöpfer, führt kurz in den Sozialleistungsbericht 2022 ein. Er macht auf die Teilbereiche aufmerksam, in denen das Jobcenter erwähnt wird und führt u.a. aus, dass die Videoberatungen im Sachgebiet Aktivierende Leistungen vor dem Hintergrund der Pandemie forciert worden seien und die Sozialraumorientierung neu aufgenommen worden sei.

Es werden keine Fragen gestellt.

<b>6.</b>	<b>Vorbereitungen und Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung der Budgets des Jobcenters und der Gleichstellungsbeauftragten für das Jahr 2023</b>	<b>192/2022</b>
-----------	--	-----------------

Vor Beginn der Beratungen bittet Herr Kocker (SPD) um Verschiebung der Abstimmung zum Antrag „Ausbildung von Busfahrern“ der CDU. Dies solle bei Aufruf des Antrags beraten werden.

Die Vorsitzende verliest seitenweise die einschlägigen Stellen des Haushaltsplans 2023 und bittet um Fragen bzw. Erläuterungen. Zum Vorbericht und zum Produkt 010940 Gleichstellung von Frau und Mann gibt es keine Fragen. Zum Produkt 050210 Grundsicherung für Arbeitssuchende erläutern der Leiter des Jobcenters, Herr Dr. Ansgar Seidel, und der Leiter des Sachgebiets Verwaltung, Herr Harald Klöpfer, zunächst die Änderungen in Bezug auf die Kennzahlen in der als Änderungsliste zugesendeten Form. Zentrale Parameter für die Prognose der Aufwendungen und Erträge seien die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) und die bereinigten Kosten der Unterkunft (Netto-KdU). Die Berechnung dieser beiden Kennzahlen sei auch in normalen Zeiten schwierig, so Herr Dr. Seidel. Aufgrund des Ukraine-Konflikts, der Energiepreissteigerungen sowie -bremsen und der ohnehin angespannten Wirtschaftslage sei die Prognose für 2023 darüber hinaus verkompliziert. Die Prognose der 7.900 Bedarfsgemeinschaften sei sehr kommunalfreundlich gewählt und enthalte insbesondere das recht wahrscheinliche Szenario eines deutlich gesteigerten Flüchtlingszustroms aus der Ukraine noch nicht. Dagegen sei auch nicht auszuschließen, dass das neue Wohngeld+ spätestens ab Mitte 2023 zu einem Rechtskreiswechsel vom SGB II zum Wohngeld für einige Hundert BG führe. Die Veränderungen seit Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs werden anhand der als **Anlage 2** beigefügten PowerPoint-Präsentation und der Änderungsliste erläutert. Dabei wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Anzahl der prognostizierten Integrationen mit 2.375 bewusst ehrgeizig gewählt worden sei. Es könne sehr gut sein, dass diese Zahl nicht erreicht werden könne. Man habe aber ein Zeichen setzen wollen, dass man mit den Integrationsergebnissen 2022 nicht zufrieden sei und dass es auch bei den geänderten Rahmenbedingungen wesentliche Aufgabe des Jobcenters bleibe, in Arbeit zu vermitteln.

Herr Fiedlers (FWG) dankt für die Erläuterungen und möchte zur Kennzahl der Integrationen wissen, wie realistisch der Ansatz vor dem Hintergrund einer eventuell erschwerten Erreichbarkeit aufgrund von Home-Office sei. Herr Dr. Seidel gibt daraufhin an, dass der Anteil an Home-Office-Arbeitsplätzen im Jobcenter hoch sei, was auch durch die E-Akte erleichtert werde. Auch seien Arbeitsphasen ohne Kundenkontakt teilweise auch effizienzsteigernd. Geschäftspolitisch habe der persönliche Kontakt mit den Leistungsberechtigten aber einen sehr hohen Stellenwert. Daher würden die Mitarbeitenden im aktivierenden Bereich auch max. einen Arbeitstag plus Randzeiten im Homeoffice arbeiten. Der Dienstleistungsgedanke sei dem Home-Office also immer übergeordnet. [Der Homeoffice-Anteil im Jobcenter liegt momentan bei rd. 51 %]. Herr Schulze Westhoff (CDU) erklärt seine Bedenken in Bezug auf die Gesamtzahl der BG. Zwar lobt er die kommunalfreundliche Herangehensweise des

Jobcenters, Medienberichte zeichneten aber ein düstereres Bild. Er erwarte eine weitere Steigerung der BG-Zahl.

Herr Klöpfer erläutert daraufhin die Änderungsliste Ergebnisplan in der Form der Tischvorlage (s. **Anlage 3**). Es werden keine Fragen gestellt.

Die Vorsitzende ruft daraufhin den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zum Thema „Ausbildung von Busfahrern“ auf und Herr Schmedding (CDU) stellt diesen vor. Herr Schulze Westhoff (CDU) betont, dass „Krafftfahrer“ ein attraktiver Beruf für Zugewanderte sei und zeigt sich zuversichtlich, so Integrationen generieren zu können. Die Sozialdezernentin, Frau Brigitte Klausmeier, erklärt, dass Ziffer 1 des Antrags in diesem Ausschuss und die Ziffern 2 und 3 im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung am 25.11.2022 beraten werden sollen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Auf die nochmalige Bitte von Herrn Kocker (SPD) hin wird abgestimmt.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 15.11.2022 wird hinsichtlich der Ziffer 1 an den Kreisausschuss verwiesen.

#### **Abstimmungsergebnis: verwiesen**

Ja 17

Nein 0

Enthaltung 0

Im Folgenden wird der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zum Thema „Sprachförderung als Grundlage zur Arbeitsmarktintegration“ aufgerufen. Herr Schulze Westhoff (CDU) begründet den Antrag und betont noch einmal, dass besonders die Wartezeiten für Maßnahmen zur Sprachförderung zu lang seien. Es gibt keine Wortmeldungen, sodass der Antrag in die Abstimmung geht.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit das Jobcenter Maßnahmen insbesondere für ukrainische Geflüchtete mit einem Sprach- und einem Qualifizierungsanteil insbesondere in den vorhandenen Mangelberufen auflegen oder anderweitig anregen kann.

#### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

Ja 16 (8 CDU, 4 SPD, 2 B90/Die Grünen, 1 FDP, 1 FWG)

Nein 1 (AfD)

Enthaltung 0

Zu den Produkten 050210 Grundsicherung für Arbeitssuchende und 050220 Werkcampus gibt es keine weiteren Fragen, sodass über den Beschlussvorschlag abgestimmt werden kann.

**Beschlussvorschlag:**

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2023 sowie der zugehörigen Änderungslisten wird zugestimmt, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Gleichstellung gegeben ist.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

Ja 16 (8 CDU, 4 SPD, 2 B90/Die Grünen, 1 FDP, 1 FWG)

Nein 1 (AfD)

Enthaltung 0

<b>7.</b>	<b>Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen "Aufstockung des Einkommens bei geringem Verdienst"</b>	<b>224/2022</b>
-----------	--	-----------------

Die Anfrage der Kreistagsfraktion B90/Die Grünen vom 15.11.2022 wird von Frau Mindermann (B90/Die Grünen) vorgestellt. Die Leiterin des Sachgebiets Aktivierende Leistungen, Frau Susanne Beier, verliest daraufhin die als **Anlage 4** beigefügte Antwort.

Frau Mindermann fragt nach, ob man den unter Antwort 1 aufgeführten Betrag von 1,49 Mio. € mit zwölf multiplizieren und somit ins Verhältnis zu dem in der Anfrage genannten Jahreswert von 12 Mio. € setzen könne. Herr Dr. Seidel, Leiter des Jobcenters, bejaht, dass die Multiplikation mit zwölf sicherlich eine gute Annäherung an den Jahreswert sei. Bei der Beschäftigung mit der Anfrage habe sich das Jobcenter allerdings gefragt, ob der in der Anfrage genannte Betrag von rd. 12 Mio. € sich nicht eher auf den Kreis der sogenannten Minijobber beziehe. Dieser sei Gegenstand einer Anfrage vor einigen Jahren gewesen. Der jetzige Betrag beziehe sich auf die Gruppe der Ergänzerrinnen und Ergänzerr insgesamt.

Da es sich um die letzte Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Gleichstellung im Beisein von Frau Klausmeier handelt, übergibt die Vorsitzende ihr im Namen der Ausschussmitglieder einen Blumenstrauß und bedankt sich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Frau Klausmeier gibt den Dank an die Ausschussmitglieder zurück und betont die Wichtigkeit dieses Gremiums in Bezug auf die für sie sehr zentrale Aufgabe der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Die Vorsitzende beendet die Sitzung um 10:24 Uhr.

Elisabeth K. Hollenhorst  
Vorsitzende

Brigitte Klausmeier  
Schriftführerin